

EUROPÄISCHER BRIEF VOM 15.6.2009

von Univ.-Prof. DDDr. Alfred Klose
**Politische Ethik als Herausforderung für die europäische
Integration**

LETTRE EUROPÉENNE DU 15.6.2009

par le Univ.-Prof. DDDr. Alfred Klose
L'éthique politique: un défi pour l'intégration européenne

EUROPEAN LETTER OF THE 15.6.2009

by Univ.-Prof. DDDr. Alfred Klose
Political Ethics: A Challenge to European Integration

EUROPEAN SOCIETY



COUDENHOVE-KALERGI

ASSURER LE PROJET EUROPE – DAS PROJEKT EUROPA SICHERN – GUARENTEE THE PROECT EUROPE

KOMMENTARE AN – COMMENTAIRE Á – COMMENTS TO

EUROPEAN-SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien, Tel +43-1-40126-361, Fax +32-1-40126-369
office@european-society-coudenhove-kalergi.org

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi Gesellschaft herausgegeben, die in Erinnerung an den Gründer der Paneuropa-Bewegung geschaffen worden ist. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen, die in Sorge um die Zukunft des Projektes Europa alles versuchen möchten, um dessen erfolgreiche Weiterentwicklung zu sichern. In einem offenen, konstruktiv-kritischen Dialog sollen die Hoffnungen und Chancen, die Zielsetzungen und Institutionen eines in vielgestaltiger Einheit verbundenen Kontinents in den Hirnen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger Europas immer fester verankert werden.

Richard Coudenhove-Kalergi, Sohn eines Diplomaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und seiner japanischen Frau, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes, das in einer Welt neuer Herausforderungen und Bedrohungen mit den Anstrengungen der Besten unseres Kontinents weiter entfaltet und vertieft werden muss. Nichts und niemand soll eine erfolgreiche Fortführung dieses Werkes ernsthaft gefährden dürfen.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung wurde formell in die Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi umgewandelt und will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

*Dr. Alois Mock, Vizekanzler a.D. und Außenminister a.D.
Präsident der Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi*

Politische Ethik als Herausforderung für die europäische Integration

von Univ.-Prof. DDDr. Alfred Klose

Politische Ethik will die sittlichen Grundlagen des politischen Handelns untersuchen und die Möglichkeiten einer Ordnung der Gerechtigkeit aufzeigen. Im internationalen Bereich stehen dabei die Fragen einer Friedensordnung, der Menschenrechte und der Zusammenarbeit der Staaten im Bereich der Wirtschaft und des kulturellen Lebens im Vordergrund. Die europäische Integration war nach dem Zweiten Weltkrieg von der Hoffnung getragen, nach den furchtbaren Fehlentwicklungen der totalitären Systeme eine Zusammenarbeit der Staaten auf der Grundlage der Freiheitsordnung und der Demokratie sicherzustellen. Damit sollten radikale nationalistische Bewegungen, die eine Bedrohung der Grund- und Freiheitsrechte mit sich bringen, von einer Mitgestaltung des politischen Entscheidungsprozesses ausgeschaltet werden.

Die großen Erfolge im europäischen Integrationsprozess hatten in den einzelnen in den einzelnen betroffenen Staaten immer wieder Kritik vielfacher Art ausgelöst: Konservative Kreise sahen eine Bedrohung des traditionellen politischen Systems in den einzelnen Staaten, andere politische Gruppierungen und Politiker haben immer wieder auf die Machtfülle der tragenden Institutionen des Integrationsprozesses hingewiesen.

Diese Kritik hat sich vor allem gegen den Aufbau der „EU-Bürokratie“ gerichtet. Als Beispiel sei ein Wort des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus erwähnt, des Präsidenten des Landes, das nunmehr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union stellt. Klaus sagte, dass die meisten Institutionen der heutigen EU im Grund nicht demokratisch seien und auch nicht demokratisierbar wären.

Kritik dieser Art übersieht die Tatsache, dass eine Sicherung demokratischer Entscheidungen nur aus der Kooperation der einzelstaatlichen Entscheidungsträger, vor allem der Parlamente und Regierungen mit den Institutionen in der EU möglich ist. Die Tatsache, dass die EU-Abgeordneten in ihren Heimatländern vielfach wenig bekannt sind, beschränkt sich nicht auf Österreich. Vielfach werden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Parlamente in den EU-Staaten mit den eigenen Abgeordneten in Brüssel zu wenig genutzt. Immer wieder haben sich – nicht nur in Österreich – Abgeordnete im EU-Parlament darüber beklagt. Österreich hat mit Dr. Michael Spindelegger nun einen Außenminister, der als ehemaliger Zweiter Präsident des Nationalrates über eine beachtliche parlamentarische Erfahrung verfügt. Es ist zu hoffen, dass die reformfreundige derzeitige österreichische Regierung in diesem schwierigen Fragenkomplex Fortschritte erzielt und damit auch Impulse für die Sicherung demokratischer Grundsätze in den Institutionen der EU gesetzt werden. Dass große bürokratische Institutionen Neigungen zur Machtkonzentration zeigen, ist an sich selbstverständlich. Das gilt sicher auch für die UNO und ihre Teilorganisationen. Demokratie kann immer nur durch ständige Bemühungen der verantwortlichen Entscheidungsträger gesichert werden – dies gilt für den nationalen wie den internationalen Bereich. Darauf verweisen Autoren von Publikationen der politischen Ethik!

Friedensordnung als große Herausforderung

Politische Ethik untersucht und analysiert vor allem die Fragen der Freiheitsordnung und der Konfliktlösung – dies im internationalen wie im innerstaatlichen Bereich. Der größte Erfolg der europäischen Integration – aus heutiger Sicht vor allem der Europäischen Union – ist die Schaffung der weltweit bedeutendsten Friedenszone! Dieses in seiner Geschichte durch zahllose Kriege immer wieder geschlagene Europa hat heute die Chance, internationale Konflikte grundsätzlich auf friedliche Weise zu lösen. Dabei besteht kein Zweifel, dass auch die noch gegebenen Probleme wie im Kosovo auf friedliche Weise gelöst werden können! Dieses neue Europa hat schwerwiegende Minderheitsprobleme bewältigt, wie im Fall Südtirol, aber auch der Minderheiten in den baltischen Staaten, dem national zweigeteilten Belgien, der schwedischen Minderheit in Finnland u. a. Dass Nordirland und das Baskenland noch offene Fragen aufweisen, dass in Südosteuropa noch manche nationalen Konflikte durch die soziale und wirtschaftliche Situation verschärft werden, bedeutet dennoch nicht die Gefahr von Entwicklungen mit so schwerwiegenden Folgen wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aus dieser Sicht einer zukunftsweisenden politischen Ethik können die noch vorhandenen Konfliktherde in Europa nichts an der Tatsache ändern, dass vor allem das „Europa der 27“, das Europa der Europäischen Union als Friedenszone Vorbild und Modell einer Friedenspolitik darstellt.

Zentralwert Menschenrechte

Das Wissen um die Bedeutung der Menschenrechte ist ein Ergebnis europäischer Philosophie: Es ist eine Grunderkenntnis der in Europa entstandenen Naturrechtslehre, dass der Mensch unabdingbare Rechte habe: Hier folgt die moderne politische Ethik der griechischen Philosophie, vor allem aber der Tradition christlicher Soziallehre.

Im Mittelpunkt dieser Menschenrechte steht das Recht auf Leben in allen seinen Formen: Gerade dieses Grundrecht wurde von den totalitären Staaten vielen Menschen verweigert, so im nationalsozialistischen Deutschland den Juden und Romas! Das klare Bekenntnis zu den Menschenrechten in der EU und im Europarat ist in der hohen Einschätzung der

Menschenrechte begründet, die in Europa sicher deutlicher ausgebildet ist als in anderen Kontinenten. So wird es auch zur Aufgabe Europas, Ansichten von Politikern aus asiatischen oder afrikanischen Ländern entgegenzutreten, die in den Menschenrechten eine europäische Ideologie sehen. Die Zusammenhänge zur Friedensordnung sind deutlich: Je mehr die Menschenrechte in den Verfassungen und der politischen Wirklichkeit verankert sind, desto mehr kann Friedensordnung innerstaatlich und weltweit durchgesetzt werden! Das Europa der EU soll immer mehr zum Mahner werden, eine „Universalität der Menschenrechte“ zu verwirklichen. Das sehr deutliche Bekenntnis zu den Menschenrechten in den maßgebenden Dokumenten der EU bis zum Vertrag von Lissabon, vor allem die Anerkennung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO und der folgenden weltweit geltenden Dokumente, die Europäische Menschenrechtskonvention, vor allem die bisherige Rechtssprechung der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte – darin wird die hohe Wertschätzung der Menschenrechte in Europa sichtbar! Dabei kommt auch dem Europarat eine besondere Rolle zu!

LETTRE EUROPÉENNE DE LA SE-CK – SOCIÉTÉ EUROPÉENNE COUDENHOVE-KALERGI

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Société Coudenhove-Kalergi qui a été constituée en mémoire du fondateur du Mouvement paneuropéen. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés qui, soucieux de l'avenir du projet européen, souhaitent mettre tout en œuvre afin de consolider avec succès son développement ultérieur. C'est à travers un dialogue ouvert, à la fois critique et constructif, que les espérances et les chances, les buts et les institutions d'un continent dont l'unité résulte de sa diversité devraient s'ancrent toujours plus fortement dans l'esprit et le cœur des citoyennes et des citoyens de l'Europe.

Richard Coudenhove-Kalergi, fils d'un diplomate de la monarchie austro-hongroise et de son épouse Japonaise, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contrepoids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen. Dans un monde où se profilent de nouvelles provocations et de nouvelles menaces, ce projet doit être davantage développé et approfondi grâce aux efforts des élites de notre continent. Rien ni personne ne doit pouvoir sérieusement mettre en danger la poursuite de cette œuvre couronnée de succès.

La Société Européenne Coudenhove-Kalergi, créée comme Fondation en 1978, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

*Alois Mock, ancien Vice-Chancelier et ancien Ministre des Affaires étrangères.
Président de la Société Européenne Coudenhove-Kalergi*

L'éthique politique: un défi pour l'intégration européenne

par le Univ.-Prof. DDDr. Alfred Klose

L'éthique politique a pour objet l'analyse des fondements moraux de l'action politique et des possibilités d'instaurer un ordre équitable. En matière internationale, elle privilégie les questions relatives à la paix, les droits de l'Homme et la coopération des Etats dans le contexte de l'économie et de la vie culturelle. Après la seconde Guerre mondiale, l'intégration européenne a été portée par l'espoir d'assurer une coopération entre les Etats sur une base pacifique et démocratique, loin des terribles errements des systèmes totalitaires. Les mouvements nationalistes radicaux, qui comportent une menace pour les droits fondamentaux et la liberté, devaient ainsi être empêchés de contribuer à la mise en œuvre du processus de décision politique.

Les grands succès du processus d'intégration européenne ont toujours soulevé diverses critiques dans les Etats directement concernés : les milieux conservateurs y voyaient une menace pour le système politique traditionnel dans certains Etats, d'autres ensembles ou personnalités politiques ont toujours souligné la toute-puissance des institutions qui dirigent le processus d'intégration.

Cette critique s'est essentiellement orientée contre l'instauration d'une "bureaucratie de l'UE". On peut citer comme exemple le mot du Président tchèque Vaclav Klaus, qui préside actuellement le Conseil européen. Klaus a dit que la plupart des institutions de l'actuelle UE ne sont pas démocratiques et ne peuvent même pas être démocratisées.

De telles critiques omettent le fait que la sauvegarde des décisions démocratiques ne peut être assurée que par la coopération des décideurs de chaque Etat, avant tout des

Parlements et des gouvernements, avec les institutions de l'UE. Le fait que les députés européens sont souvent peu connus dans leur patrie d'origine n'est pas limité à l'Autriche. Les possibilités d'une coopération entre les députés d'un Etat membre de l'UE et ses propres députés à Bruxelles sont souvent trop peu exploitées. Les députés européens – et pas seulement les Autrichiens – s'en sont souvent plaints.

Avec le Dr. Michael Spindelegger l'Autriche dispose désormais d'un ministre des Affaires étrangères qui, en tant qu'ancien deuxième président du Conseil national, possède une expérience parlementaire considérable. Il faut espérer que le gouvernement autrichien actuel qui est enclin aux réformes fera des progrès dans cet ensemble complexe et difficile et que de la sorte pourront être prises des initiatives en faveur de la sauvegarde des principes démocratiques fondamentaux au sein des institutions de l'UE. Il est compréhensible que de grandes institutions démocratiques montrent des tendances vers la concentration des pouvoirs. Cela vaut certainement aussi pour l'ONU et les organisations qui en font partie. La démocratie ne peut être garantie que par l'effort constant des décideurs responsables, et ceci vaut sur le plan tant national qu'international. Les auteurs de publications d'éthique politique y font tous référence!

Le grand défi de la paix

L'éthique politique examine et analyse avant tout les questions de l'ordre pacifique et de la résolution des conflits – tant sur le plan national qu'international. Le plus grand succès de l'intégration européenne – aujourd'hui surtout de l'Union européenne – est la création de la plus grande zone pacifique du monde! Cette Europe qui a connu tant de guerres et de conflits au cours de son histoire a aujourd'hui la chance de pouvoir résoudre les conflits internationaux de manière fondamentalement pacifique. Il ne fait aucune doute à cet égard que les problèmes qui subsistent encore, comme au Kosovo, pourront aussi être résolus de manière pacifique! Cette nouvelle Europe est venue à bout de très sérieux problèmes de minorités, comme c'est le cas au Sud Tyrol, ou encore des minorités dans les Etats baltes, dans la Belgique partagée en deux entités nationales, ou des minorités suédoises en Finlande, notamment. Que des problèmes subsistent en Irlande du Nord ou au Pays basque, qu'en Europe du Sud-Ouest des conflits nationaux soient aiguisés par la situation sociale et économique ne signifie pas qu'il existe un danger de voir survenir des événements tragiques comme ceux de la première moitié du XXème siècle. Dans cette perspective d'une future éthique politique, les foyers de conflits encore existants en Europe ne peuvent pas changer le fait que surtout l'"Europe des 27", l'Europe de l'Union européenne, en tant que zone pacifique représente un exemple et un modèle de politique de paix.

La valeur principale : les droits de l'Homme

La connaissance de l'importance des droits de l'Homme est le fruit de la philosophie européenne : une des bases fondamentales de la doctrine du droit naturel qui a été conçue en Europe veut que l'être humain dispose de droits inaliénables. De là découlent l'éthique politique moderne de la philosophie grecque, et surtout la tradition de la doctrine sociale chrétienne.

Au centre de ces droits de l'Homme se trouve le droit à la vie sous toutes ses formes : c'est ce droit fondamental qui a été dénié à de nombreux être humains par les Etats totalitaires, notamment par l'Allemagne nazie aux Juifs et aux Roms! La claire reconnaissance des droits de l'Homme au sein de l'UE et du Conseil de l'Europe est

fondée sur la haute estime en laquelle sont tenus les droits de l'Homme, lesquels sont certainement plus développés en Europe que dans d'autres continents. Il est ainsi du devoir de l'Europe de contrer les opinions des politiciens d'Asie ou d'Afrique qui voient dans les droits de l'Homme une idéologie européenne. Les liens avec l'ordre pacifique sont évidents : plus les droits de l'Homme sont ancrés dans les Constitutions et les réalités politiques, plus pourra être instauré un ordre pacifique à l'intérieur des Etats et dans le monde entier! L'Europe de l'UE doit toujours davantage exhorter à la réalisation de l'"universalité des droits de l'Homme". L'évidente profession de foi en faveur des droits de l'Homme dans les documents décisifs de l'UE jusqu'au traité de Lisbonne, avant tout la reconnaissance de la Déclaration universelle des droits de l'Homme de l'ONU et des documents qui ont suivi et qui ont une portée mondiale, la Convention européenne des droits de l'Homme, surtout les avis de droit de la Commission européenne jusqu'à ce jour et de la Cour européenne des droits de l'Homme, c'est dans tout cela que transparaît la haute valeur qu'accorde l'Europe aux droits de l'Homme! Et sur ce plan, le Conseil européen a aussi son rôle à jouer!

EUROPEAN LETTERS OF THE ES-CK – EUROPEAN SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

The "European Letters" are published by the Coudenhove-Kalergi Society, which was established in memory of the founder of the Paneuropa movement. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans who are committed to ensuring the successful future development of the European project. The hopes and opportunities, the goals and institutions of a continent united in its diversity shall be increasingly anchored in the minds and hearts of the European citizens by an open, constructively critical dialogue.

Richard Coudenhove-Kalergi, son of a diplomat of the Austro-Hungarian Monarchy and his Japanese wife, developed soon after World War I the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed decisively to the founding of the Council of Europe in 1949. Today the political and economic realisation of the European peace project, which needs to be developed and deepened in a world of new challenges and threats through the efforts of the best of our continent, is with the European Union. Nothing and no one shall endanger the successful continuation and development of this project.

The European Society Coudenhove-Kalergi, established as Foundation in 1978, is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

Alois Mock

Former Vice Chancellor and former Minister for Foreign Affairs

President of the European Society Coudenhove-Kalergi

Political Ethics: A Challenge to European Integration

by Univ.-Prof. DDDr. Alfred Klose

Political ethics is interested in examining the moral background of political actions and in demonstrating the possibility of a system of fairness. On an international level, what stands at the forefront are questions about a peace agreement, human rights and the collaboration of countries on economic and cultural issues. After the Second World War, the European integration was carried by the hope that collaboration between the countries would be secured based on liberty and democracy, given the dreadful, misguided developments of the totalitarian regimes. For this reason, radical nationalistic movements, which typically threaten both basic and libertarian rights, had to be curtailed so as not to influence political decision-making.

In the countries concerned, the great achievements in the process of European integration kept triggering criticism of many sorts: Conservative circles saw a threat to the traditional political systems in the individual countries, while other political groups and politicians have pointed out the powerful force of the primary institutions governing the process of integration.

This kind of criticism has been targeting the establishment of an EU bureaucracy in particular. As an example, let us quote the Czech President, Vaclav Klaus, president of the country that now chairs the Board of the European Union. Klaus said that most of the institutions in today's EU are not really democratic; neither can they be made democratic.

Criticism of this sort overlooks the fact that the safeguarding of democratic decisions is only possible through cooperation between the country-specific policy makers, particularly the parliaments and the cabinets, and the institutions within the EU. The fact that the EU delegates are often little known in their native country is not limited to Austria. In many cases, the potential of a collaboration between the parliaments in the EU countries and the

delegates in Brussels is not tapped enough. Time and again, delegates in the EU Parliament have complained about that—and not just in Austria. With Dr. Michael Spindelegger Austria now has a foreign minister who, being the former Second President of the Parliament, has considerable parliamentary experience. It can only be hoped that the current Austrian government, which is open-minded about reforms, is making progress with this challenging topic so that impulses toward securing democratic policies within the institutions of the EU will be honoured. The fact that large bureaucratic institutions tend toward concentrating on power is well understood. The same can be said for the UN and its organizations. Democracy can only be secured by the constant efforts of the accountable decision-makers, whether this is the national or the international arena. This is exactly what authors of publications about political ethics refer to.

The Challenge of a Blueprint for Lasting Peace

Political ethics particularly examines and analyzes questions of liberty and conflict resolution – in both the international and the domestic domain. The greatest success of European integration – especially from a present-day perspective of the European Union – is the creation of the most significant neutral zone for peace world-wide. Having been defeated repeatedly in numerous wars in the course of history, Europe today is basically given an opportunity to solve international conflicts peacefully. At the same time, there is no doubt that existing problems, such as those in Kosovo, can be solved peacefully. The new Europe has overcome significant difficulties with minorities, as was the case in South Tyrol, as well as the Baltic states, the nationally divided Belgium, the Swedish minorities in Finland, etc. The fact that Northern Ireland and the Basque region still pose open questions and that many national conflicts in south-eastern Europe are exacerbated by the social and economic situation still does not signal the danger of developments capable of producing outcomes as grave as those happening during the first half of the 20th century. From the point of view of this future-oriented political ethics, existing trouble spots in Europe won't change the fact that the "Europe of 27," that is, the Europe of the European Union, acts as a role model for a policy of peace by being a peace zone itself.

Vital Point: Human Rights

The realization of the importance of human rights is a result of European philosophy: a basic realization based on a doctrine of natural rights that originated in Europe and which states that every human being has certain inalienable rights. Modern political ethics follows Greek philosophy here, if not the tradition of Christian social doctrine.

At the centre of human rights is the right to live in all of its forms. Many people were denied this very basic right in the totalitarian states, among them the Jews and the Roma in Nazi Germany. The definite affirmation of human rights in the EU and the Council of Europe is founded in the great appreciation of human rights, which is definitely more pronounced in Europe than in other continents. That way, it is up to Europe to face the opinions of politicians from Asian and African countries, who consider human rights a European ideology. The connections to a peace agreement are obvious: if more human rights are grounded in the constitutions and in political reality, chances are a peace agreement may be enforced both domestically and world-wide. More and more, the Europe of the EU ought to function as a reminder that human rights must become a universal right. The distinct acknowledgment of human rights, as stated in the decisive documents of the EU all the way to the Treaty of Lisbon, particularly the acknowledgment of the UN's General Declaration of Human Rights and the prevailing documents following suit throughout the

world, the European Convention on Human Rights, particularly the prevailing case law of the European Commission and the European Court of Justice – all of these help make the high regard for human rights in Europe visible. At the same time, the Council of Europe plays an important part as well.